

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

(18. WP - 118. Sitzung)

Bildungsausschuss

(18. WP - 76. Sitzung)

Sozialausschuss

(18. WP - 65. Sitzung)

am Donnerstag, dem 4. Februar 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Christopher Vogt (FDP)	i. V. v. Dr. Heiner Garg
Uli König (PIRATEN)	i. V. v. Torge Schmidt
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende
Volker Dornquast (CDU)	
Heike Franzen (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Martin Habersaat (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Kai-Oliver Vogel (SPD)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Ines Strehlau
Anita Klahn (FDP)	
Sven Krumbeck (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Jette Waldinger-Thiering

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

i. V. v. Peter Eichstädt

Thomas Rother (SPD)

i. V. v. Birte Pauls

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Dr. Marret Bohn

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christopher Vogt (FDP)

i. V. v. Anita Klahn

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

i. V. v. Flemming Meyer

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Übernahme der Schulden des UKSH durch das Land	5
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1967	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2043 - selbstständig	
Keine Operation am offenen Herzen ohne vorherige Diagnose	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2046 - selbstständig -	
Unterstützung des UKSH durch Bereinigung von Altschulden	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 18/5168	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/5588	
2. Vorstellung des Zwischenergebnisses zur Vorstudie „Einheitliche Schulverwaltungssoftware“ durch das Bildungsministerium	8
3. Information/Kenntnisnahme	10
Umdruck 18/5450 - IQSH Umdruck 18/5451 - Dänische Zentralbibliothek	
4. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Übernahme der Schulden des UKSH durch das Land

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1967](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2043](#) - selbstständig

Keine Operation am offenen Herzen ohne vorherige Diagnose

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2046](#) - selbstständig -

(überwiesen am 20. Juni 2014 an den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

Unterstützung des UKSH durch Bereinigung von Altschulden

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/5168](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/5588](#)

Finanzministerin Heinold bekräftigt den Willen der Landesregierung, die Konsolidierung des UKSH - soweit beihilferechtlich möglich - zu unterstützen und das Universitätsklinikum von Zinszahlungen zu befreien. Der interfraktionelle Antrag biete Planungssicherheit und einen Anreiz für das UKSH, die schwarze Null zu erreichen.

Abg. Koch stellt heraus, dass ein positives operatives Ergebnis Voraussetzung für die Schuldenübernahme sei.

Auf eine Frage von Abg. Dudda stellt Herr Dr. Scholz, Vorstandsvorsitzender des UKSH, klar, alle Oberärzte des UKSH würden tarifgerecht bezahlt. Das UKSH sei dabei, die Oberarztquote von gegenwärtig über 25 % der Quote anderer Universitätsklinika anzunähern, in denen sie bei 17 bis 20 % liege.

Abg. Vogt sieht in dem interfraktionellen Antrag zugleich Unterstützung und Verpflichtung für den UKSH-Vorstand. Er hebt die Punkte Trennungsrechnung, Personal und Versorgungsauftrag hervor.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, bezeichnet die Formulierung „es wird, soweit wie möglich, ausgeschlossen, dass das UKSH künftig negative operative Ergebnisse erzielt“ als „sinnlos“.

Ministerin Heinold thematisiert das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Versorgungsauftrag des Klinikums, das mit dem Anreizsystem berücksichtigt werde.

Abg. Harms begründet die Formulierung „soweit wie möglich“ damit, dass Ausnahmen wie bei der Keimkrise möglich seien.

Abg. Dr. Tietze begrüßt, dass es gelungen sei, ein gemeinsames politisches Commitment zu finden, mit dem das Land ein strategisches Ziel vorgebe und sich zum UKSH bekenne.

Die Abgeordneten König und Dudda bezweifeln, dass das UKSH tatsächlich ein positives operatives Ergebnis erzielen werde, und fragen nach möglichen Konsequenzen.

Herr Dr. Scholz bezeichnet den Beschluss des Landtags als „Anreiz für das UKSH zur dauerhaften Pflichtenanspannung“. Es sei für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH sehr wichtig, wenn sich ihre Anstrengungen gelohnt hätten und 2017 ein positives operatives Ergebnis erreicht werde, dass das Land dann schrittweise die Schulden des UKSH übernehme.

Herr Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand des UKSH, weist darauf hin, dass man die mit dem ÖPP-Modell verbundenen Aufwendungen differenziert dargestellt habe.

Frau Dr. Schäfer äußert kein Verständnis dafür, dem UKSH bereits jetzt eine Schuldenübernahme zuzusagen. Wenn das UKSH tatsächlich positive operative Ergebnisse erziele, könne man über die Gewährung eines zinslosen Darlehens entscheiden.

Ministerin Heinold begrüßt die Entscheidung von Regierung und Parlament zum jetzigen Zeitpunkt, weil sie ein wichtiges und wertschätzendes Signal an die Beschäftigten aussende.

Abg. Koch weist darauf hin, dass die Entscheidung, ob tatsächlich ein zinsloses Darlehen gewährt werde, erst im Jahr 2018 auf der Basis der tatsächlichen Zahlen getroffen werde.

Wissenschaftsstaatssekretär Fischer sieht in dem Beschluss zur Schuldenübernahme einen wichtigen Beitrag des Landes, die bauliche Sanierung und den Roadmap-Prozess zu flankieren.

Abg. König bleibt bei seiner Einschätzung, dass das ÖPP-Modell nicht funktionieren werde. Der Antrag sei eine „Schrottlösung“, die nicht durch entsprechende Zahlen untermauert sei. Über die Frage einer Schuldenübernahme solle erst 2018 entschieden werden.

Die Ausschüsse für Soziales, Bildung und Finanzen empfehlen jeweils einstimmig, die Anträge [Drucksachen 18/1967](#) und 18/2043 für erledigt zu erklären. Gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen empfehlen die Ausschüsse, den PIRATEN-Antrag [Drucksache 18/2046](#) abzulehnen und den interfraktionellen Antrag [Umdruck 18/5588](#) anzunehmen. Die Vorlage des Finanzministeriums [Umdruck 18/5168](#) nehmen die Ausschüsse zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des Zwischenergebnisses zur Vorstudie „Einheitliche Schulverwaltungssoftware“ durch das Bildungsministerium

Herr Loßack, Staatssekretär im Ministerium für Schule und Berufsbildung, schickt voraus, die Lenkungsgruppe, in der Bildungsministerium, Rechnungshof, ULD, CIO, Hauptpersonalrat Lehrkräfte und kommunale Landesverbände vertreten seien, habe ein einvernehmliches Ergebnis getroffen. Der Nutzen einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware sei unbestritten, die Kosten einer kommerziellen Lösung von rund 30 Millionen € seien allerdings nicht zu finanzieren. Daher wolle man der Lösung in Brandenburg nähertreten, die relativ schnell und deutlich kostengünstiger umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Meier, Projektleiter von Dataport, stellt die Zwischenergebnisse der Vorstudie „Einheitliche Schulverwaltungssoftware Schleswig-Holstein“ vor (siehe Anlage und [Umdruck 18/5605](#)).

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, empfiehlt, dass das Bildungsministerium den Ausschüssen noch vor der Sommerpause die Ergebnisse der Prüfung des Brandenburger Modells präsentiere.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Meier, während Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit einem kommerziellen Anbieter arbeiteten, habe in Brandenburg die Schulverwaltung eine an der Wirklichkeit der allgemeinbildenden Schulen orientierte Lösung entwickelt, die Hamburg übernommen habe und um ein Modul für die berufsbildenden Schulen erweitere. Brandenburg setze auf Open-Source-Plattformen und verwende ausschließlich die deutsche Sprache. Die Umstellung auf eine neue Software sei aufwendig; Brandenburg habe keine generellen Schulungen vorgegeben, sondern umfangreiche Lehrmaterialien zum Selbststudium ins Netz gestellt. Entscheidungs-, Ausschreibungs- und Anpassungsphase dauerten bis zu vier Jahren, die Einführung der Software an 800 Schulen noch einmal vier Jahre (jährlich 200 Schulen); eine Beschleunigung verursache Mehrkosten. Die Migration und die Nutzung an den Schulen würden vom IQSH unterstützt, Anpassung und Betrieb von Dataport.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen erwidert Staatssekretär Loßack, das Land müsse mit den Kommunen über die Frage der Kosten verhandeln. Ziel sei, dass möglichst alle Schulträger mitmachen.

Der Bildungsausschuss und der Finanzausschuss nehmen den Zwischenbericht zur Kenntnis und erwarten im Juli 2016 den nächsten Zwischenbericht zur Einführung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/5450](#) - IQSH

[Umdruck 18/5451](#) - Dänische Zentralbibliothek

Der Finanzausschuss nimmt [Umdruck 18/5450](#) zur Kenntnis. Auf Bitten von Abg. Sönnichsen will der Finanzausschuss über die Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen dem Kulturministerium und der **Dänischen Zentralbibliothek** ([Umdruck 18/5451](#)) am 14. April 2016 auf der Grundlage der Wirtschaftspläne des Vereins beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Dornquast bittet das Sozialministerium, dem Bildungsausschuss neben dem Vertrag über die Erstellung eines **Aktionsplans gegen Homophobie** das Konzept, den Kosten- und Zeitplan des Lesben- und Schwulenverbands vorzulegen, die nach § 2 Absatz 5 des Vertrags Vertragsbestandteil seien.

- b) Im Anschluss an die Ausschusssitzung informiert Finanzministerin Heinold die Mitglieder des Finanzausschusses über die Kernelemente der Vorschläge der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3. Dezember 2015 **zur Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs**.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Thomas Rother
Finanzausschussvorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer